Das „Hamburger Echo“ erscheint täglich zweimal, Sonntags u. nach Feiertagen nur einmal. Bezugspreis: wöchentl. 3,50 ℳ, monatl. 15,— ℳ, vorauszahlbar frei ins Haus.
Für Abholer 13,— ℳ.
Redaktion: Fehlandstraße 11, 1. Stock.
Verantwortlicher Redakteur: Paul Bugdahn, Altona.
Expedition: Fehlandstraße 11, Erdgeschoß.
Buchhandlung: Erdgeschoß.
Buchdruckerei-Kontor: Fehlandstraße 11, 1. Stock.

Einzelnummer morgens 30 ₰, abends sowie Sonn- und Festtags 40 ₰.

Hamburger Echo

Anzeigen die elfgespaltene Petitzeile 4,50 ℳ.
Arbeitsmarkt u. Familienanzeigen 3,— ℳ.
Kleine Anzeigen bis 9 Zeilen die Zeile 2,75 ℳ.
Anzeigen-Annahme Fehlandstraße 11 im Erdgeschoß (bis 7 Uhr abends für den folgenden Tag), in den Filialen (bis 5 Uhr) und in allen Annoncen-Bureaus.
Platz- und Datenvorschriften ohne Verbindlichkeit.

Nr. 582. Mittwoch, den 14. Dezember 1921 – Morgen-Ausgabe. 35. Jahrgang.

Neuer Reichstagsbeginn. Erklärungen Dr. Wirths im Reichswirtschaftsrat.

Deutscher Reichstag.

(Telephonischer Bericht.)

148. Sitzung.

Dienstag, 13. Dezember, nachm. 3 Uhr.

Anträge auf Strafverfolgung der Abgeordneten Reich (K.) und Brodauf (DDP.) werden dem Geschäftsordnungsausschuß überwiesen.

Es folgen kleine Anfragen.

Schirmer (BVP.) fragt nochmals an, ob es richtig sei, daß aus der Ludendorff-Spende 50 Millionen für die staatliche Fürsorge und 100 Millionen für die sozialdemokratische Wahlpropaganda ausgegeben sind, wie das „Deutsche Abendblatt“ und die Wochenschrift „Tradition“ behaupten. — Die Regierung läßt erwidern, daß diese Behauptungen völlig aus der Luft gegriffen sind.

Frau Schröder (SD.) fordert ein Einschreiten der Regierung gegen die Butterauktionen und gegen die Bemessung der Milchpreise nach den Butterpreisen.

Die Regierung befürchtet, ein solches Einschreiten könne ein Abströmen der Milch zur Butterverarbeitung zur Folge haben. Die Berliner Butterauktionen haben bisher nicht preistreibend gewirkt.

Auf eine Anfrage des Abgeordneten Sollmann (SD.) gibt die Regierung nochmals Auskunft über die Verurteilung ehemaliger deutscher Offiziere in Krefeld wegen Teilnahme an einer Versammlung ihres Offizievereins. Das französische Gericht hat die Propagierung des Revanchegedankens in dem Vereinsorgan als militärische Angelegenheit angesehen, und die Angeklagten wegen ihrer Teilnahme an einer Versammlung, in der eine solche Rede gehalten wurde, verurteilt. Daß sie sich tatsächlich mit militärischen Dingen befaßt haben, ist in keiner Weise bewiesen. Nach deutschem Empfinden muß das Urteil aber als ein unbegreiflicher Fehlspruch angesehen werden. (Lebhafte Zustimmung.)

Kaiser (SD.) macht Mitteilung von der Ermordung des Kaufmannes Burgmann in Höchst durch zwei marokkanische Soldaten. Frankreich hat sich nur zu einer Entschädigung von 30 000 ℳ an die Witwe verstnden. Das ist unzureichend.

v. Adenau erklärt, daß für eine volle Versorgung der Familie Sorge getragen wird.

Steinkopf (SD.) fordert die Aufstellung allgemein gültiger Grundsätze für die künftige Laufbahn der Beamten aller Reichsverwaltungen. — Die Reichsregierung stellt solche Grundsätze in Aussicht.

Die demokratische Interpellation über die Finanznot der Gemeinden wird in den nächsten Tagen beantwortet werden.

Ohne Aussprache geht an den Hauptausschuß ein dritter Nachtragshaushalt und die vierte Ergänzung zur Besoldungsordnung.

Ein Gesetzentwurf zur Aenderung über Lohnpfändung und betreffend die Pfandbarkeit von Gehältern wird dem Rechtsausschuß überwiesen.

Der Gesetzentwurf zur Abänderung des Börsengesetzes, wonach von jetzt ab auch Frauen zum Börsenbesuch zugelassen werden, wird in allen drei Lesungen angenommen.

Der Gesetzentwurf zur Verlängerung der Verordnung über die Abgeltung von Ansprüchen gegen das Reich um ein Jahr wird angenommen.

Es folgt die erste Lesung der Abänderungsvorlage des Gewerbegerichts- und Kaufmanngerichtsgesetzes. Danach können auch Frauen zu Mitgliedern der Gewerbe- und Kaufmanngerichte gewählt werden.

Die Abgeordneten Frau Zietz (USP.), Frau Schröder (SD.) und Koenen (K.) fordern Ausschußberatung. Die Vorlage geht an den sozialpolitischen Ausschuß.

Ein Gesetzentwurf, betreffend Behebung vorübergehender Zollerleichterungen, geht an den Steuerausschuß. Es handelt sich um für die Kriegswirtschaft unentbehrliche Waren, für die auf Grund des Gesetzes vom 4. August 1914 bis auf weiteres Zollfreiheit zugestanden wurde. Vor allem kommen in Betracht Gewürze, Fleischpräparate, Backwerk, Fische, Fleisch usw. Bestehen bleiben soll die Zollerleichterung noch unter anderem für Getreide, Reis, Haustiere, Milch.

Es folgt die erste Lesung des Gesetzentwurfes über die Aufnahme von Betriebsratsmitgliedern in den Aufsichtsrat.

Die Vorlage geht auf Antrag Koenen (K.) an den sozialpolitischen Ausschuß.

Die Vorgänge in der Pfalz.

Auf der Tagesordnung steht sodann eine Interpellation Stresemann (DVP.) über die Vorgänge in der Pfalz. Danach wurde am 31. August und am 8. September der Versuch gemacht, die in der Pfalz eingesetzte Behörde ihrer Gewalt zu berauben. Eine radikale Gruppe von ortsfremden Personen drang in das Regierungsgebäude ein und nahm eine Reihe von Gewaltakten vor. Die Vorfälle sollen sich der wohlwollenden Förderung des französischen Kreisdelegierten de Metz erfreut haben.

Dr. Moldenhauer (DVP.) begründet die Interpellation und schildert die Vorgänge im einzelnen.

Reichsminister des Innern Dr. Köster: Die Politik, die wir im Westen an unserem Körper gespürt haben, die tatsächliche praktische Politik, zeigte in diesen Jahren fast unverändert eine gleiche Linie, nämlich: Unter Ausnutzung der jeweiligen wirtschaftlichen und politischen Konjunktur die Verbindungen der Rheinlande mit Deutschland zu lockern, aus dem Rheinland ein französisches Vorwerk zu machen und eine Politik zu ermöglichen, wie sie Frankreich bis zu Thiers Zeiten erfolreich durchgeführt hat: die Errichtung einzelner unabhängiger deutscher Staaten. Auch die Regierung betrachtet die Ereignisse in der Pfalz vom 31. August und 8. September als Glieder einer Kette von Vorkommnissen der letzten Jahre, die sich nur erklären lassen, wenn man annimmt, daß gerade in der Pfalz französische Kräfte am Werke sind, denen jedes Mittel recht ist, die Pfalz von Bayern und vom Reiche zu lockern und jede Partei und jeden Augenblick auszunützen suchen, um dieses Ziel Schritt für Schritt zu erreichen. Die Regierung weiß auch, daß im Frühjahr 1920 gewisse französische Kreise Fühlung mit der bayerischen Königspartei gesucht haben (Hört! hört), und daß dieselben Stellen es nicht verschmähen, nunmehr mit kommunistischen Kreisen über dieselben Ziele Fühlung zu nehmen. Die französische Politik nutzt alles für ihre Zwecke aus. Sie hetzt das Bürgertum auf mit der Angst vor dem Bolschewismus und die Kirche mit der Angst vor dem Sozialismus. In den letzten Monaten scheint sie besonders gerechnet zu haben mit radikalen kommunistischen Unterströmungen der pfälzischen Arbeiterschaft. Die Arbeiterschaft der Pfalz hat gegenüber der grobschlächtigen Putschtaktik des Generals Gerard 1919 im entscheidenden Augenblick eine bewunderswerte Entschlossenheit gezeigt. Ich bin überzeugt, daß sie auch gegenüber den Intrigantenmethoden seines Nachfolgers die ruhigen Nerven behalten wird; denn darüber ist kein Zweifel, daß die große Masse der Speyerschen Arbeiterschaft vom 31. August für die Demokratie und für die Republik zu demonstrieren gewillt war. Die große Masse der Arbeiterschaft hat ihren Irrtum schnell erkannt und rücksichtslos die Konsequenzen gezogen. (Beifall.) Ich bin überzeugt, daß durch die Ereignisse im letzten September und die Zusammenhänge, die wir in der Folge bloßlegen konnten, allen Parteien und sozialistischen Schichten der Pfalz die große Verantwortung wieder zum Bewußtsein gebracht worden ist, die sie dort für ganz Deutschland zu tragen haben. Sofort nach der Freilassung von Smeets haben sowohl der Reichskommissar für die besetzten Gebiete wie der Rheinlandkommissar, wie auch unsere diplomatischen Vertretungen bei den Alliierten protestiert, und es ist zu erwarten, daß dieser Schritt wieder rückgängig gemacht wird. Diese Vorkommnisse haben auch eine interessante rechtliche Seite. Die deutsche Regierung wiederholt hier noch einmal, was sie der Rheinlandkommission oft angezeigt hat, daß nach dem Abkommen vom 7. August 1919 die Delegierten der Rheinlandkommission sich darauf zu beschränken haben, den Geschäftsverkehr zwischen den deutschen und den Besatzungsbehörden zu erleichtern. Sie haben kein Recht, sich in innere Angelegenheiten der deutschen Behörden einzumischen. In ihrer Proklamation am Tage der Uebernahme ihrer Macht hatte die Rheinlandkommission selbst den Wunsch nach Zusammenarbeit in voller Harmonie ausgedrückt und den Grundsatz ausgesprochen, daß sie nur „Verbindungsoffizier“ sein solle. Das Herbeirufen einer fremden bewaffneten Macht zur Abwehr gegen eigene Landsleute ist und bleibt etwas tief Bedauerliches. Es war auch im Rheinland nur möglich, weil die geschwächte deutsche Polizei mit eigenen Kräften die Ruhe und Ordnung nicht aufrechterhalten konnte. Es muß aber vermieden werden oder darf nur dann erwogen werden, wenn entweder ganze Staaten oder die Autorität ganzer Staaten auf dem Spiele stehen. Die Weigerung der französischen Besatzungsbehörde in Speyer, rechtzeitig einzugreifen, hat jedenfalls rein politische, und zwar französisch-politische Gründe gehabt. (Zustimmung.) Frankreich hat die Macht der Bajonette, die Macht der Sanktionen und die Rheinlandkommission und hat seine wirtschaftliche Position von Jahr zu Jahr zu bessern gesucht. Gegenüber diesem Machtgefühl haben wir nur wenig: Unser Recht und die Treue unserer Nation. (Beifall.) Der französische Angriff auf die Rheinlande hat den Aufbau Europas in den letzten 3 Jahren verzögert. Er verzögert ihn auch jetzt und wird ihn auch noch in Zukunft verzögern. Eine deutsch-französische Verständigung ist die wichtigste Vorarbeit für eine Beruhigung Europas. Mehr und mehr sieht man in Frankreich und in Deutschland ein, daß keine Sicherheit und Ruhe in Europa kommen, wenn sie nicht in die deutsch-französischen Beziehungen hineinkommt. Die Rheinlandspolitik gewisser französischer Organe gehört eigentlich einer vergangenen Episode an. Die alten Instruktionen an die Bevollmächtigten der Rheinlandkommission müssen vor allen Dingen verschwinden. Ob der von mir gezeigte Weg der Weg ist, auf dem Europa gesundet, wissen wir noch nicht. Auf allen Wegen werden aber die Rheinlande ihre besondere schwere Last und Verantwortung zu tragen haben. Das Leid der Rheinländer muß zu dem Leid des ganzen deutschen Volkes werden. (Beifall.) Ich habe Vorkehrungen getroffen, von denen ich die Parteien demnächst unterrichten werde. Wenn Frankreich nicht will, daß die Rheinlande eine friedliche Brücke zwischen Deutschland und Frankreich im Rahmen der Politik bilden, wie ich sie vorhin aufgezeigt habe, sorgen wir wenigstens dafür, daß sie ein festes wirtschaftliches und geistiges Bollwerk der deutschen Kraft werden bis zu dem Tage, wo sie auch politisch wieder zu Deutschland gehören. (Lebhafter Beifall.)

Darauf wird die Besprechung der Interpellation beschlossen.

Hoffmann-Kaiserslautern (SD.): Die Demonstration vom 31. August gegen den politischen Mord und gegen die Kahr-Regierung war eine gemeinsame Aktion der drei sozialistischen Parteien; die Bilderstürmerei war aber eine Extrawurst der Kommunisten, ebenso wie der wilde Streik und die Bildung einer neuen „Regierung“. Wir haben mit dem Ziel der Kommunisten nichts zu tun. Die Kommunisten haben übrigens die besten Beziehungen zu den Franzosen im Saargebiet. Der Reichstag muß darauf hinwirken, daß die Ursachen solcher Vorkommnisse aus der Welt geschafft werden. Man muß die monarchistischen Symbole beseitigen, um nicht wieder Aktionen unerlaubter Selbsthilfe herauszufordern. Die pfälzische Regierung hätte schon längst die notwendigen Maßnahmen treffen sollen; denn 3 Jahre nach der Errichtung der Republik ist es wirklich Zeit, daß die Fürstenbilder aus den Amtsstuben verschwinden. Ferner muß Frankreich endlich auf die Propaganda für die rheinische Republik verzichten. Früher versuchte man es mit den Verschwörungen der Dorten und Haas, jetzt nimmt man eine langsame friedliche Durchdringung in Angriff. Aber bei der Treue der Bevölkerung gibt es nur eine Methode, die zum Ziele führen würde: die brutale militärische Gewalt. General De Metz ist den Pfälzern als Gegner bekannt und wird mit schärfster Wachsamkeit beobachtet. Er weiß, daß er sein Ziel schwer würde erreichen können, daß jede Partei den schärfsten Widerstand leisten würde. Gefahr droht den Pfälzern demnächst von den deutschen Nationalisten und von ihrer Politik der Nichterfüllung und der großen Worte. Meine Partei erhebt schärfsten Protest gegen den französischen Eingriff im Falle Smeets, durch den die von uns gewünschte Politik der friedlichen Verständigung wieder erschwert wird. Der deutsche Kampf um das Rheinland muß national geführt werden, nicht nationalistisch; er muß mit der Wahrheit geführt werden und nicht mit der Lüge. Die schlimmsten Feinde unseres Kampfes sind die nationalistischen Lügenartikel, wie z. B. im Oppauer Fall. Die Sozialdemokratie erwartet, daß bei dem Urteil über die Vorgänge in Speier die Richter versuchen, sich in die Seele republikanischer Arbeiter hineinzuversetzen, die nur aus Anhänglichkeit an die Republik sich zu unerlaubter Selbsthilfe haben hinreißen lassen. Wenn in München eine wirklich deutsche und republikanische Politik gemacht wird, dann ist die Pfalz nicht gefährdet. Sie ist ein äußerst demokratischer Boden und erträgt keine politische und geistige Reaktion. (Lebhafter Beifall bei den Sozialdemokraten.)

Hofmann-Ludwigshafen (Z.): Von der politischen Tragikomödie in Speier kann man mit Rücksicht auf die Bewohner der Pfalz den Vorhang noch nicht völlig lüften, aber der Hauptheld dieser Vorgänge weilt nicht mehr auf pfälzischem Boden, sondern in Straßburg. (Hört, hört!) Von Reaktion kann bei der pfälzischen Regierung keine Rede sein, man sagt ihr sogar besonders freundliche Beziehungen zur Sozialdemokratie nach. Die Pfalz wird sich die Ruinen des Heidelberger Schlosse aus der Vergangenheit und die Vorgänge im Saargebiet in der Gegenwart immer als eindringliche Mahnung dienen lassen. (Beifall.)

Das Haus vertagt sich auf Mittwoch, 2 Uhr: Kleine Vorlagen, Steuervorlagen. — Schluß gegen 7 Uhr.

Deutschlands Mitarbeit am Wiederaufbau der Weltwirtschaft.

Im Reparationsausschuß des vorläufigen Reichswirtschaftsrates, der über die Errichtung einer Kreditvereinigung der deutschen Gewerbe beriet, ergriff am Dienstag der Reichskanzler Dr. Wirth das Wort, um in vertraulichen Ausführungen einen Ueberblick über die gesamte politische Lage zu geben. Seine Darlegungen gipfelten in dem Hinweis, daß die wirtschaftliche Lage Deutschlands in ihrer Verflechtung mit der Weltwirtschaft nunmehr zum Gegenstand öffentlicher internationaler Diskussionen geworden sei. Es sei nunmehr von Bedeutung, daß diese Erörterungen fortgesetzt und verteilt würden. Was Deutschland betrifft, so müsse es sich zur Mitarbeit an diesen Problemen bereit halten. Der Hachenburgsche Gesetzentwurf biete anscheinend eine geeignete Grundlage, um die deutsche Wirtschaft zur positiven Mitarbeit in der Lösung dieser deutschen Lebensfrage zu befähigen. Die Ausführungen des Reichskanzlers fanden lebhaften Beifall. Sodann trat der Ausschuß in die sachliche Beratung der Vorlage ein.

Die Sitzung des Reparationsausschusses war kurz nach 1 Uhr zu ende, ohne daß Dr. Rathenau selbst über das Ergebnis seiner Londoner Besprechungen Bericht erstattet hätte.

Vorläufiger Reichswirtschaftsrat.

(Telephonischer Bericht.)

33. Sitzung vom Dienstag, 13. Dezember, nachmittags 3 Uhr.

Die Sitzung findet im Sitzungssaal der Berliner Stadtverordnetenversamlung im Rathaus statt. Auf der Tagesordnung steht ein einziger Gegenstand: „Der Gesetzentwurf über die Errichtung einer Kreditvereinigung der deutschen Gewerbe und die Kompromißresolution.“

Dr. Hachenburg berichtet über die Verhandlungen des Reparationsausschusses und bittet, die Vorlage ohne weiteres ohne Diskussion anzunehmen.

Darauf wird die Resolution (siehe den letzten Bericht. Red.) einstimmig angenommen. Die Vorlage und die dazu vorliegenden Anträge werden der Regierung als Material überwiesen. — Damit ist die Tagesordnung erschöpft.

Vorsitzender Edler v. Braun, dem die Ermächtigung erteilt ist, den Streitpunkt um die Tagesordnung der nächsten Sitzung selbständig festzusetzen, gedenkt mit einigen Dankesworten der großen verantwortungsvollen Arbeitsleistung der Ausschüsse und fährt darauf fort: Das Jahr, das vor uns liegt, wird für Deutschland ein schweres, an Erschütterungen und Schwierigkeiten reiches sein. Aber trotzdem müssen wir in das neue Jahr mit der gleichen Tendenz hineingehen, die wir im alten beobachtet haben: „Arbeiten und nicht verzagen!“

Schluß 3½ Uhr.

Preußischer Landtag.

(Telephonischer Bericht.)

82. Sitzung.

Dienstag, 13. Dezember 1921, mittags 12 Uhr.

Die Beratung des Kultusetats wird fortgesetzt beim Kapitel „Universitäten, Technische Hochschulen, Kunst usw.“

Dr. Wäntig (SD.): Die Universitäten haben nach dem Zusammenbruch es fertig gebracht, sich auf die neue Zeit einzustellen. Im Hauptausschuß hat sich der Minister für eine großzügige Hochschulreform ausgesprochen. Von rein organisatorischen Reformen erwarten wir nicht viel. Letzten Endes ist die Hochschulfrage eine Personenfrage. Die wirtschaftliche Lage der Privatdozenten muß gebessert werden; das Assistentensystem ist auszubauen. Wir wollen den Klassencharakter der Universitäten und Hochschulen brechen. Daß die Tore der Universitäten den Lehrern sich öffnen, genügt nicht. Dem bildungshungrigen Arbeiter muß ein Weg eröffnet werden. Die Berührung zwischen Hochschule und Volksmassen kann für die Hochschule nur von Vorteil sein. Die staatswissenschaftliche Abteilung muß viel stärker als bisher gefördert werden. Gerade um dem Klassenkampf, den nicht wir, sondern die Rechtsparteien in Wirklichkeit führen, den Weg zu entziehen, wollen wir eine großzügige Hochschulreform. Wir fassen den Klassenkampf durchaus nicht nur als einen Kampf um nationale Interessen, sondern auch als einen Kampf der geistigen und sittlichen Kräfte auf. (Beifall bei den SD.)

Kultusminister Dr. Bölitz: Wenn der ehemalige preußische Kultusminister Hänisch in der „Glocke“ gegen mich polemisierte, so mußte man wenigstens von ihm verlangen, daß er die Rede, auf die er seine Kritik stützt, auch in Wirklichkeit kennt. Im übrigen bemerke ich zu dem Thema: „Der Kultusminister der Koalition“, daß es für mich nur zweierlei gibt: Entweder Koalitionspolitik oder Parteipolitik, und dann das Chaos. Es ist nicht die Art deutscher Professoren, im Hörsaal Politik zu treiben und das ist gut so. Das politische Glaubensbekenntnis, auch der Kommunisten, darf, wenn Fähigkeiten vorliegen, kein Hindernis für die Lehrtätigkeit an der Universität sein. Wie die Professoren, so nennt man auch die Studenten von heute reaktionär. Sie sind es nicht. (?) Die Studentenschaft erhofft alles von einer sittlichen Wiedergeburt des Volkes. Was den Studenten von heute fehlt, ist der realpolitische Sinn. Der Ausbau der Studentenausschüsse als neutraler Selbstverwaltungskörper wird von mir gefördert. Von Parteipolitik müssen sich die Ausschüsse allerdings fernhalten. Die Reform der Disziplinargerichtsbarkeit wird unter Mitwirkung der Studentenschaft energisch betrieben werden. Die Kollegiengelder müssen der Geldentwertung angepaßt werden. Die Hochschulreform darf nicht gegen, sie muß vielmehr in der Zusammenarbeit mit den Universitäten erfolgen. Die Berufungsvorschläge der Fakultäten werden von mir im weitesten Maße beachtet werden. Es schweben zurzeit Verhandlungen mit dem Finanzministerium, um den Privatdozenten in ihrer Notlage zu helfen. Die Leistungen der Staatstheater verdienen alle Anerkennung. Die Staatstheater kommen in der Hauptsache den Städten zugute, in denen sie leben. Darum sollten auch die betreffenden Stellen etwas für diese Theater tun. In diesem Punkte versagte bisher Berlin. (Zuruf: „Hat kein Geld!“) Für die notleidende Kunst und Künstlerschaft werde ich soviel als möglich die Hilfe des Staates in Anspruch nehmen.

Dr. Heß (Z.) verzichtet auf eine eingehende Aussprache zum diesjährigen Etat.

Kähler, Greifswald (DNP.): Was an dem neuen Reichsadler gut ist, ist nicht neu, und was an ihm neu ist, ist nicht gut. Unsere Theater haben in ihrem Spielplan zu viele fremde Stücke. Die deutsche Kunst hat sich vielfach dem fremden Einfluß gegenüber nicht stark genug gezeigt.

Frau Garnich (DVP.) fordert staatliche Hilfe gegen die kulturelle Not im besetzten Gebiet und im Osten, vor allem in Königsberg und in Breslau.

Schneider (K.): Die Behandlung des Kultusetats in einem derartigen Galopptempo ist doch eines Parlaments unwürdig. Heute werden die Universitäten von nationalistischem und rückschrittlichem Geiste beherrscht. Der Kultusminister marschiert an der Spitze. Solange das bestehende Wirtschaftssystem herrscht, gibt es keine freie Wissenschaft.

Dr. Wenl (USP.) fordert, daß im nächsten Jahre der Kultusetat an erster Stelle behandelt werde und begründet einen unabhängigen Antrag auf Beseitigung des besonderen Kostenbeitrages von 50 ℳ bei Entbindungen in der Charité und Universitätsfrauenklinik. Für die Studenten müssen Ledigenheime und Speiseanstalten eingerichtet werden. Im verflossenen Sommersemester standen 8000 Studenten auf den Listen der Erwerbslosenfürsorge.

Dr. Preuß (DDP.): Der Unterricht in der Staatsbürgerkunde muß in den Schulen ausgebaut werden. In den Universitäten muß der Geist Fichtes wieder lebendig werden.

Bredt (Wirtschaftspartei): Von den Hochschulen kann ich mir einen dauernden Erfolg nicht versprechen. Das Ueberalterungsgesetz hat für die Universitäten verhängnisvoll gewirkt.

Damit schließt die Aussprache über Universitätsangelegenheiten.

Es folgt die zweite Beratung über den dritten Abschnitt: Provinzialschulkollegien, Höhere Lehranstalten usw.

Frau Jensen (SD.): Wir stehen grundsätzlich auf dem Boden der Schulgeldfreiheit. Da diese Forderung zurzeit undurchführbar ist, fordern wir zunächst wenigstens die Staffelung des Schulgeldes nach der Höhe des Einkommens der Eltern. Der Aufbau der höheren Schulen muß vereinfacht werden. Unsere wirtschaftliche Lage gestattet uns nicht mehr die neunjährige höhere Lehranstalt. Die siebenjährige Volksschule muß das Fundament auch für die höhere Lehranstalt sein. Die Mädchen in den Lyzeen sollten einen Pflichtkursus in der Säuglingspflege erhalten. Die Reifeprüfung am Abschluß des Schuljahres ist durchaus entbehrlich. Wir treten für die gemeinsame Erziehung beider Geschlechter auch in den höheren Schulen ein. In den Lyzeen müßten zum mindesten zwei Drittel der Lehrkräfte Frauen sein. Der Lehrplan der Lyzeen muß dem der höheren Knabenschulen angepaßt werden, um den Mädchen den Uebergang in diese zu erleichtern. Zu den Philologen usw., denen heute unsere Jugend anvertraut ist, haben wir kein Vertrauen. Wir müssen von Ihnen verlangen, daß sie die Jugend im Geiste der Republik und im Geiste der Völkerachtung erziehen. (Lebhafter Beifall b. d. SD.)

Es folgen die Abstimmungen zum Haushalt der Bergverwaltung und den dazu gestellten Anträgen. — Der Haushalt wird entsprechend den Ausschußbeschlüssen angenommen, ebenso eine Reihe Entschließungen und Anträge zu ihm. So wird u. a. neu eingestellt ein erster Teilbetrag von 5 Millionen Mark für Arbeitersiedlungen beim Steinkohlenbergbau Waltrop. Pachtland für Kleingärten soll den Bergarbeitern reichlicher als bisher gegeben werden. Die Berufskrankheiten des Bergmanns sollen unter die Unfallversicherung fallen. Gewünscht wird die Aufforderung an die Reichsregierung, bei der Entente für eine Minderung der deutschen Steinkohlenlieferungen einzutreten, sowie der Erlaß von Anordnungen, daß die Außerkraftsetzung von bergpolizeilichen Vorschriften nur mit Zustimmung des Betriebsrates erfolgen kann. Das Betriebsrätegesetz soll dahin erweitert werden, daß zur Grubenkontrolle der Betriebsrat heranzuziehen ist. Der Aufsichtsrat der „Hibernia“ soll um drei vom Landtag zu wählende Mitglieder erweitert werden. Gefordert wird weiter ein Reichsknappschaftsgesetz, das die Bildung eines einheitlichen Reichsknappschaftsgesetzes zum Ziel hat. Angenommen wird weiter ein deutschnationaler Antrag, bei Prozeßstreitigkeiten der Arbeitnehmer vor dem Berggewerbegericht die Angestellten der Arbeitnehmer- und Arbeitgeberorganisationen zuzulassen. Angenommen wird ferner ein Antrag Limbertz (SD.), der beschleunigte Vorlage eines Reichsberggesetzes von der Reichsregierung verlangt. Eine Reihe von Anträgen geht an den Hauptausschuß.

Sodann wird die Aussprache über die höheren Lehranstalten fortgesetzt.

Frau Wronka (Z.) wendet sich gegen die gemeinsame Erziehung der Geschlechter und fordert Förderung der Privatschulen.

Lehmann (DNP.) lehnt gleichfalls die Koedukation ab.

Dr. Schuster (DVP.): Bei der Entscheidung über die Begabung und die Ausbildung der Kinder muß das Mitbestimmungsrecht der Eltern gewahrt bleiben.

Kultusminister Bölitz: Das Grundschulgesetz wird loyal durchgeführt werden. Es gibt auch politisch linksstehende Eltern, die die Privatschulen vorziehen. Die generelle Koedukation lehne ich auf Grund mehrjähriger praktischer Erfahrung ab.

Schneider (K.): In einem Klassenstaat ist nur eine Klassenschule möglich. Wir wollen ein einheitliches Schulsystem, das wirklich allen Begabten die Wege zur Bildung öffnet.

Frau Obentrop (USP.): Wir brauchen eine einheitliche Schule und einen einheitlichen Lehrerstand. Es wird immer so viel vom Gemeinschaftsgeist geredet, auch der Minister sprach davon — wir werden ja sehen, wie er die Pflege des Gemeinschaftsgeistes auffaßt.

Das Haus vertagt sich. Nächste Sitzung Mittwoch 12 Uhr. Kultusetat. — Schluß 8½ Uhr.

Der Leipziger Kappisten-Prozeß.

Die zwei Seelen des Generals Märker.

In Fortsetzung des Jagow-Prozesses sagte General a. D. Märker unter anderm: Nach Dresden kam ein Fernspruch von Lüttwitz, daß der Regierungsumschwung sich ohne Blutvergießen vollzogen habe. Ein zweiter Funkspruch ging dahin, daß die Minister festzunehmen seien. Mich überraschten die Vorgänge vollkommen. Bereits im Juli 1919 sprach Oberst Bauer davon, daß die Regierung in Weimar gestürzt und die Nationalversammlung aufgelöst werden müsse. Bauer forderte mich auf, hierbei zu helfen. Ich richtete einige Tage später eine Reihe von Forderungen an Lüttwitz für den Fall, daß es zu einer Aenderung der Regierung kommen sollte. Von einer monarchistischen Aenderung war keine Rede. Anfang März 1920 hatte ich keine Besprechungen mit den Männern des Kappunternehmens. Für mich war klar, daß das Unternehmen scheitern müsse. In Dresden erklärte ich mich zum Schutze der Minister bereit. Anderseits war ich auch bereit, Anordnungen von Lüttwitz zur Aufrechterhaltung der Ordnung durchzuführen. Märker schilderte, wie er, nachdem er seinen Plan vor den Reichs- und den sächsischen Ministerien entwickelt hatte, mit schließlicher Zustimmung Noskes, der anfänglich mit den Hochverrätern nicht verhandeln wollte und mit Zustimmung Eberts nach Berlin fuhr, um Kapp auf den verfassungsmäßigen Weg zurückzuführen. Am Sonntag, sagte der Zeuge, kam ich nach Berlin und nahm an einer Kabinettssitzung unter Kapp teil. Kapp gab in der Kabinettssitzung einen rosigen Bericht über die Lage. Märker betonte, er komme im Einvernehmen mit der Regierung, aber nicht in ihrem Auftrage.

Dann wird Ministerialdirektor Meister, Staatssekretär Albert und Reichsbankpräsident v. Havenstein vernommen. Sie sagen aus über die Dienstverweigerung der höheren Beamten und die Internierung der preußischen Minister.

Die streikende Reichsbank.

v. Havenstein, der Präsident des Reichsbankdirektoriums, gibt über die Geldforderungen der Kappregierung Auskunft. Am 14. März ersuchte ein Offizier (legitimiert durch ein Schriftstück, gezeichnet Kapp, Reichskanzler) um eine halbe Million, die durch zwei Kuriere abends nach München gehen sollte. Der Zeuge lehnte das ab. Am nächsten Tage kündigte Kapp an, er werde mit militärischer Gewalt 10 Millionen Mark abheben lassen. Havenstein warnte vor einem solchen Gewaltschritt. Nachher kam wieder ein Offizier, beauftragt von Reichswehrminister v. Lüttwitz, um 10 Millionen Mark zu holen. Da Staatssekretär Schröder vom Reichsfinanzministerium die Ausstellung des Schecks verweigerte, konnte der Zeuge nicht zahlen. Am 16. morgens kamen 5 Offiziere in Zivil, die jeder einen Scheck der Generalmilitärkasse über je 2 Millionen Mark, ordnungsmäßig ausgestellt, bei der Reichsbankhauptkasse vorlegten. Die Schecks waren aber nicht bloß auf die Ueberbringer ausgestellt, sondern auf den Reichswehrminister Lüttwitz. Diese Schecks konnten nicht anerkannt werden.

*

Traub, Bredereck und andere.

(Eigener Drahtbericht.) Leipzig, 13. Dezember.

Traub, der am Nachmittag vernommen wurde, wußte nur, daß Kapp ein „heißes Herz“ für das Vaterland habe. Jagow war nach Traub ein „stiller Teilhaber“. Nun fragte der Reichsanwalt: Nach Ihrer Meinung war Jagow „stiller Teilhaber“, Schiele auch, Sie auch, was war Wangenheim? Prompt erwiderte der Zeuge, daß auch Wangenheim nichts anderes gewesen ist. Wer denn eigentlich der laute Teilhaber war, weiß Traub auch nicht, höchstens, daß Kapp, Pabst, Bauer usw., die nicht zu fassen sind — natürlich — sich reger beteiligt haben. Die, die hier sind, bleiben harmlose Menschen, und Traub würde es sicher beschwören, wenn ihn nicht glücklicherweise die Nichtvereidigung davor bewahrte. Als interessanten Schlußpunkt unter seine Zeugenaussage setzte Traub einen Artikel des deutschnationalen Professors v. Below aus Freiburg, der besagt, daß ohne den Kapp-Putsch das deutsche Volk dauernd um seinen Reichstag gekommen wäre.

Nach der pfäffisch-lötzenschen Art, mit der Traub sich und seine Freunde aus der Patsche zu reißen sucht, wirkt die Aussage

Hamburger Börse am 13. Dezember

In unserer gestrigen Uebersicht gaben wir die Stimmung als „unsicher“ an. Heute schon können wir melden, daß das Abflauen der Devisenkurse, d. h. die Besserung der Mark, die etwa sechs Tage anhielt, aufgehört hat. Die Börse übertreibt sehr leicht und sehr gerne Stimmungen, die durch verschiedene Einflüsse entstehen können. Danach beurteilt sie die ganze Lage und danach entwickeln sich auch im allgemeinen die Kurse nach oben oder unten. Dann aber setzt häufig dazu die Spekulation ein, die nach der einen oder andern Seite nachhilft.

Man verspricht sich jetzt von den Reparationsverhandlungen keine sonderlichen Erleichterungen für Deutschland; es wird — so sagt man sich — im besten Fall ein Hinausschieben für die Deutsche Republik herauskommen. Die letzten „billigen“ Börsentage werden auch viele Angstverkäufe von Devisen seitens der Spekulanten zustande gebracht haben. Tatsache ist, daß im Laufe des Tages die Kurse um 10 bis 15 % stiegen. Solche Schwankungen, die wir vor dem Kriege niemals kannten, können natürlich unmöglich zur Gesundung unserer Verhältnisse beitragen. Jede Berechnung seitens der Kaufmannschaft hört dabei auf. Diese Zustände führen fast immer zu Spekulationsgeschäften, unter denen das Volk letzten Endes am meisten zu leiden hat.

Eine Wertpapier-Börse findet zur Erleichterung der Banken jetzt nur an drei Tagen der Woche statt: Montags, Mittwochs und Freitags. Das Steigen der Devisen hat aber auch ein Steigen der Wertpapiere zur Folge.

Hamburger amtliche Notierungen: Holland 6930 (am Montag 6155) — England 805 (708) — New York 191¼ (172¾).